PB.I-01-048

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Horst Schiermeyer (KV Görlitz)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 47 bis 51:
Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Konfliktprävention und regelbasierte Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass konträr dazu das Militär weltweit weiter aufgerüstet wird, voran mit Abstand am stärksten in den USA, die für 39 Prozent aller Militärausgaben weltweit verantwortlich sind, aber auch in China, Indien, Russland und auf Platz 7 folgend Deutschland.
Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden und die militärischen Potentiale aller Länder so weit abgebaut werden, dass von ihnen keine Gefahr mehr für andere ausgeht. ~~Und wir~~Dazu reichen wir allen die Hand, die daran teilhaben wollen. All das tun wir im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um

Begründung

Die Militärausgaben steigen weiter, obwohl diese Ausgaben wesentlich sinnvoller zur Bekämpfung des Klimawandels, der Corona-Pandemie und der weltweiten Armut eingesetzt werden könnten. Zugleich ist auch eine Erhöhung der Gefahr von Kriegen zu befüchten. Daher sollten wir zumindest unsere Besorgnis darüber ausdrücken und weltweite Verhandlungen auch über eine konventionelle Abrüstung fordern.

Siehe dazu auch den aktuellen Sipri-Bericht, zu dem auch noch zu ergänzen wäre, dass in den USA auch unter Präsident Biden die Militärausgaben weiter steigen sollen:

zeit.de https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-04/sipri-bericht-militaerausgaben-deutschland-usa-nato-corona-krise

Sipri-Bericht: Weltweite Militärausgaben trotz Pandemie gestiegen

Trotz des Wirtschaftseinbruchs in der Corona-Krise sind die Rüstungsausgaben weltweit gestiegen. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri ergab sich im Jahr 2020 inflationsbereinigt ein Anstieg um 2,6 Prozent auf schätzungsweise 1,981 Billionen Dollar (rund 1,65 Billionen Euro). Dieser Wert bedeute einen Höchststand seit Beginn vergleichbarer Einschätzungen im Jahr 1988. Die Ausgaben Deutschlands sind nach Angaben des Instituts prozentual am deutlichsten gestiegen.

Eine deutliche Zunahme der Ausgaben zeigte sich unter anderem in den USA: Im letzten Amtsjahr des ehemaligen Präsidenten Donald Trump haben die Vereinigten Staaten nochmals 4,4 Prozent mehr und somit schätzungsweise 778 Milliarden Dollar für das Militär ausgegeben. Die USA waren somit für 39 Prozent aller Militärausgaben weltweit verantwortlich.

Auf sieben Jahre mit sinkenden US-Ausgaben sind somit drei Jahre mit Zuwachs gefolgt. Laut Sipri-Forscherin Alexandra Marksteiner ist das vor allem auf starke Investitionen in militärische

Forschung und Entwicklung sowie langfristige Projekte wie die Modernisierung des Atomwaffenarsenals und große Militärbeschaffungen zurückführen.

Deutschland bei Ausgaben auf Rang sieben

Chinas Ausgaben wurden von Sipri nach dem 26. Jahresanstieg in Serie auf 252 Milliarden, die von Indien auf 72,9 Milliarden Dollar geschätzt. Dahinter finden sich Russland (61,7 Milliarden Dollar), Großbritannien (59,2 Milliarden) und Saudi-Arabien (57,5 Milliarden). Danach folgt Deutschland, das knapp vor Frankreich auf Rang sieben liegt.

Aufgrund von Forderungen der Nato und der USA nach gesteigerten Verteidigungsausgaben legte die Bundesrepublik 2020 um 5,2 Prozent auf geschätzte 52,8 Milliarden Dollar zu - das höchste Niveau seit 1993. Damit sind diese Ausgaben seit 2011 um 28 Prozent gestiegen, im weltweiten Durchschnitt waren es in diesem Zeitraum 9,3 Prozent.

"Nach unseren Daten hat Deutschland nach 2014 wieder damit begonnen, seine Ausgaben zu erhöhen. Die Größenordnung variiert von Jahr zu Jahr, aber der Trend insgesamt bleibt gleich", sagte Marksteiner. Das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär aufzuwenden, hat Deutschland allerdings verpasst. Die Nato sah die Bundesrepublik 2020 bei 1,56 Prozent, Sipri nun bei 1,4 Prozent. Laut Sipri haben 2020 zwölf Staaten ihr Zwei-Prozent-Ziel erreicht. Dies lasse sich aber vermutlich eher auf den coronabedingten wirtschaftlichen Abschwung als auch bewusste Entscheidungen zurückführen, sagte Lopes da Silva. Weltweit stieg der Anteil der Militärausgaben am BIP um 0,2 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent.

Einfluss der Pandemie noch unklar

"Wir können mit einiger Sicherheit sagen, dass die Pandemie keinen signifikanten Einfluss auf die globalen Militärausgaben 2020 hatte", sagte Sipri-Forscher Diego Lopes da Silva. Nun müsse sich zeigen, ob die Länder dieses Ausgabenniveau auch im zweiten Pandemiejahr aufrechterhalten. Die Forscherinnen und Forscher haben darauf hingewiesen, dass die Werte in diesem Jahr aufgrund der Pandemie mit größerer Unsicherheit behaftet seien. Den gesamten Einfluss der Pandemie werde man erst in einigen Jahren sehen.

Nach dem Bericht des Vorjahres hatte das Institut aufgrund der Corona-Krise damit gerechnet, dass im Jahr 2019 bereits ein Höchststand erreicht worden sei. Einige Länder wie Chile und Südkorea hätten nun ihre für die Verteidigung vorgesehenen Mittel 2020 teilweise tatsächlich für die Reaktion auf die Pandemie verwendet. Auch Russland und Brasilien beispielsweise haben dem Bericht zufolge weniger als geplant für Rüstung ausgegeben.

Das schwedische Institut Sipri stützt seinen jährlichen Bericht auf offizielle Regierungsangaben zum Verteidigungsbudget sowie weitere Quellen und Statistiken. Zu den Ausgaben werden auch Aufwände für Personal, Militärhilfen sowie militärische Forschung und Entwicklung gezählt.

weitere Antragsteller*innen

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Andreas Müller (KV Essen); Rüdeger Baron (KV Nürnberg-Land); Hans Aust (KV Aachen); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-

Steglitz/Zehlendorf); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich); Silke Hemke (KV Stade); Felix Friedrich (KV Görlitz); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Wieland Hild (KV Görlitz); Gerhard Klünder (KV Warendorf); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Carolin Renner (KV Görlitz); Gottfried Klecker (KV Görlitz); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Sebastian Schäfer (KV Oberberg); Berti Furtner-Loleit (KV München); Mario Härtig (KV Görlitz); Marcus Kossatz (KV Görlitz); Thomas Mohr (KV München); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Maria Regina Feckl (KV Erding); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Christoph Eckhardt (KV Görlitz); Walther Moser (Freiburg KV); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Gregor Kaiser (KV Olpe); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Steve Grundig (KV Görlitz); Bernd Gehrke (KV Görlitz); Sarah Rudo (KV Görlitz); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Reinhard Bayer (KV Gießen); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Jana Krauß (KV Görlitz); Sebastian Jachmann (KV Görlitz); Ursula Häffner (KV Karlsruhe-Land); Jeanne Emilia Riedel (KV München)